



## Amt der Wiener Landesregierung

Dienststelle: Magistratsdirektion  
Geschäftsbereich Recht  
Verfassungsdienst und  
EU-Angelegenheiten

Adresse: 1082 Wien, Rathaus  
Telefon: 4000-82333  
Telefax: 4000-99-82310  
e-mail: post@md-v.wien.gv.at  
DVR: 0000191

MD-VD - 1226-1/08

Wien, 5. September 2008

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 geändert wird (KfzStG-Novelle 2008);

Begutachtung;  
Stellungnahme

zu BMF-010000/0046-VI/A/2008

An das

Bundesministerium für Finanzen

Zu dem mit Schreiben vom 25. August 2008 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Gemäß § 6 des Finanzausgleichsgesetzes 2008 - FAG 2008 hat der Bund vor Inangriffnahme steuerpolitischer Maßnahmen, die für die Gebietskörperschaften mit einem Ausfall an Steuern, an deren Ertrag sie beteiligt sind, verknüpft sein können, Verhandlungen zu führen.

Da der o. a. Gesetzesentwurf mit derartigen Einnahmenverlusten für Länder und Gemeinden verbunden ist, begrüßt das Land Wien die Einladung des Bundesministeriums für Finanzen zu Verhandlungen gemäß § 6 FAG 2008 betreffend finanzielle Auswirkungen der geplanten Kfz-Steuer-Novelle.

Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass die Stadt Wien weder als Land noch als Gemeinde den Ausfall an Einnahmen, der durch das gegenständliche Vorhaben bewirkt wird, ohne einen Ersatz akzeptiert. Ein solcher wäre bis spätestens zum Ende der laufenden FAG-Periode zu leisten. Denn das zuletzt vom Bund immer wieder ins Treffen gebrachte Argument des erst kürzlich paktierten Finanzausgleichs gilt umgekehrt auch aus dem Blickwinkel der Länder und Gemeinden. Es kann daher nicht sein, dass das Verhandlungsergebnis permanenten Aushöhlungsversuchen seitens des Bundes ausgesetzt wird. Ohne entsprechende Kompensation der angesprochenen Verluste aus Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben wird die vorliegende Gesetzesnovelle daher **abgelehnt**.

Im Übrigen wird angemerkt, dass der gegenständliche Entwurf auch den laufenden Bemühungen zum Schutz des Klimas keine Rechnung trägt.

Für den Landesamtsdirektor:

Mag. Heinz Liebert

Mag. Michael Raffler  
Senatsrat

Ergeht an:

1. Präsidium des Nationalrates
2. alle Ämter der Landesregierungen

3. Verbindungsstelle der  
Bundesländer

4. Herrn  
amtsführenden Stadtrat  
für Stadtentwicklung und Verkehr

Dipl.-Ing. Rudolf Schicker

5. MA 4  
(zu MA4/1 - 2003/08)

mit dem Ersuchen um Weiter-  
leitung an die einbezogenen  
Dienststellen